

Dresden, 18. Februar 2022

NEUE ENERGIE STATT ALTLASTEN: WOHNUNGSWIRTSCHAFT IN SACHSEN ZEIGT AUF, WIE MEHR ALS 400 MILLIONEN EURO SOFORT IN ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR MIETSHÄUSER FLIESSEN KÖNNTEN

Explodierende Energiepreise, hohe Baukosten, ehrgeizige Klimaschutzziele und gestrichene Förderprogramme: Die Klimawende im Gebäudebereich gerät mehr und mehr ins Stocken.

Zugleich haben die Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland nach wie vor mit einem Wettbewerbsnachteil zu kämpfen, der Investitionen in bezahlbares Wohnen und Klimaschutz noch schwieriger macht: Altschulden aus DDR-Zeiten, die ihnen im Zuge der Wiedervereinigung aufgedrückt wurden. „Dieser Wettbewerbsnachteil lässt sich sofort in einen Innovationsvorteil umwandeln, von dem die Mieter, das Klima und die Wohnungsunternehmen profitieren“, so Rainer Seifert, Verbandsdirektor des vdw Sachsen. „Eine clever ausgestaltete Neuauflage der Altschuldenhilfe könnte in kürzester Zeit zum Investitionsbooster werden.“

Noch immer belasten nach neuesten Schätzungen des Verbands rund 445 Millionen Euro an DDR-Altschulden die Mitgliedsunternehmen des vdw Sachsen. Das entspricht im Schnitt 33 Euro pro Quadratmeter Wohnraum. Diese Altlasten, die vor allem für die nach der Wende gegründeten kommunalen Wohnungsunternehmen im Osten ein großes Problem sind, verhindern dringend notwendige Investitionen. „Damit muss Schluss sein, denn diese Mittel sind angesichts der großen Herausforderungen in Sachen Klimaschutz und bezahlbare Energie viel besser angelegt, wenn wir Zukunftsinvestitionen daraus machen“, so Rainer Seifert. „Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien ist klar festgehalten, dass man sich der Thematik Altschulden annehmen will. Die Grünen haben im vergangenen Jahr noch als Oppositionspartei einen Altschuldenfonds gefordert, den sie jetzt in der Regierung durchsetzen können. Und das Beste: Wenn man die Altschuldenentlastung an Investitionen in den Klimaschutz – zum Beispiel in erneuerbare Energien für Wohnhäuser – koppelt, entfaltet sie zugleich eine effektive Lenkungswirkung im Sinne der Klimaschutzziele.“

Neben dem Bund, der seinen Ankündigungen nun Taten folgen lassen müsse, sieht der Verband aber auch den Freistaat in der Pflicht. „Mecklenburg-Vorpommern hat mit seinem neuen kommunalen Entschuldungsfonds für DDR-Wohnungsbaualtschulden bereits Verantwortung übernommen und ermöglicht den dortigen Unternehmen damit neue Investitionen. Ein vergleichbares Engagement braucht es auch in Sachsen. Wenn Bund und Land an einem Strang ziehen, können die Wohnungsunternehmen sehr schnell Millioneninvestitionen auf den Weg bringen, um langfristig einen weiteren Beitrag zu leisten, die Energiepreise zu stabilisieren und den Klimaschutz im Gebäudesektor voranzubringen.“ Ganz nebenbei könnte so auch eine Ungerechtigkeit beseitigt werden, die seit der Wiedervereinigung die Entwicklung der ostdeutschen Wohnungsunternehmen immer wieder ausgebremst hat. „Die kommunalen Wohnungsunternehmen haben diese Verbindlichkeiten mit dem Eingangsvertrag unverschuldet aufgebürdet bekommen“, so Rainer Seifert. „Mehr als 30 Jahre später ist es an der Zeit, dieses Kapitel endlich abzuschließen und stattdessen in die Zukunft zu investieren.“

*Der **vdw Sachsen** Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. vertritt knapp **130 Wohnungsunternehmen**, die mit über **300.000 Wohnungen** fast ein Viertel des **Mietwohnungsbestandes in Sachsen** bewirtschaften. Lebendig sowie vielfältig sind die **vor allem kommunalen**, aber auch genossenschaftlichen sowie privaten und kirchlichen Wohnungs- und Immobilienunternehmen mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen. Sie profitieren von einer starken, verlässlichen Gemeinschaft.*
